

Regionalbund

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 332 - 15. Jahrgang

EDITORIAL



Von Markus Meier,
Geschäftsführer
Arbeitgeber Baselland,
Stellvertretender Direktor
Wirtschaftskammer
Baselland.

Warum nicht gleich 52 Wochen Ferien?

Ich gebe es offen zu: Sechs Wochen Ferien, wie es die Ferieninitiative verlangt, würden mir schon gefallen. Besser noch: 13 Wochen – damit gäbe es nämlich keine Abstimmungsprobleme mehr mit den Schulferien. Wenn ich es mir so recht überlege, wären 52 Wochen Ferien im Jahr ideal. Erholung pur, das Wort Stress würde aus unserem Vokabular gestrichen. Das ist doch genau das, was die Urheber der Ferieninitiative wollen.

Aber eigentlich wissen wir es alle besser: Überlegungen wie diese greifen – leider – kurz. Denn die Voraussetzung, dass ein Unternehmen Arbeitnehmer beschäftigen, ihnen Löhne bezahlen und sie in die Ferien schicken kann, ist, dass es etwas verdient. Und das wird durch die Regelung, wie sie die Ferieninitiative verlangt, noch schwieriger, als ohnehin. Unsere Exportwirtschaft beisst sich am starken Franken die Zähne aus und wir haben schon heute die weltweit höchsten Arbeitskosten. Eine weitere Verteuerung – man geht davon aus, dass die Auswirkungen der geforderten sechs Ferienwochen sechs Milliarden Franken kosten würden – hätte gravierende Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

Man braucht kein Prophet zu sein, um die Folgen abschätzen zu können. Wenn die Arbeitskosten bei uns steigen, werden Arbeitsplätze in Länder mit tieferen Arbeitskosten verschoben; Waren werden bei ausländischen Zulieferern statt bei Schweizer Firmen bezogen. Das bedeutet beides, dass in der Schweiz Arbeitsplätze verloren gehen. Das ist keine Angstmalerei oder Schwarzmalerei, das sind Realitäten!

Wer daran interessiert ist, dass der Anteil der Arbeitnehmenden, die im Jahr gezwungenermassen 52 Ferienwochen haben, nicht drastisch steigt, ist gut beraten, wenn er am 11. März der gefährlich verführerischen Ferieninitiative eine Abfuhr erteilt.

FACHHOCHSCHULE NORDWESTSCHWEIZ - Um die Akzeptanz für die immer teurere Fachhochschule ist es nicht mehr sehr gut bestellt. Jetzt nimmt der Direktor zu den Kritikpunkten Stellung.

FHNW: Kritik ernst nehmen!



Mit seinem «Ja, aber...» hat der Baselbieter Landrat der Fachhochschule Nordwestschweiz einen Warnschuss vor den Bug gesetzt. An seine Zustimmung zum Globalbudget 2012 bis 2014 knüpfte das Parlament den Auftrag, die Kostensteigerung einzudämmen. BILD CH.

Die steigenden Kosten der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) haben Ende vergangenen Jahres für eine turbulente Landratsdebatte gesorgt. Erst im zweiten Anlauf hat das Baselbieter Parlament das Globalbudget der FHNW für die Jahre 2012 bis 2014 beziehungsweise für den Baselbieter Anteil von 187 Millionen Franken gutgeheissen. An das Ja geknüpft hat der Landrat den Auftrag an die Fachhochschulleitung, Vorschläge auf den Tisch zu legen, wie der stetige Kostenanstieg der vierkantonalen Institution mit rund

2500 Mitarbeitenden in Zukunft gebremst werden kann. Auch in Gewerbekreisen wird immer häufiger Kritik an der FHNW, dem einstigen «Tech», laut. Die Bedürfnisse der Wirtschaft würden auf Kosten von Pädagogik und Kunst vernachlässigt, wird beklagt; die Hochschule konzentriere sich nicht ausreichend darauf, Führungskräfte für die Wirtschaft hervorzubringen. Solche Stimmen müssen ernst genommen werden. Der «Standpunkt» hat deshalb ein Gespräch zwischen Christoph Buser, Landrat und Be-

reichsleiter KMU-Förderung bei der Wirtschaftskammer Baselland, und Crispino Bergamaschi, Direktionspräsident der FHNW, arrangiert. Der Direktor nutzte die Gelegenheit, um eine Auslegeordnung zum Leistungsauftrag, zu den Auftraggebern, zur Strategie und zu den Kostentreibern der Fachhochschule zu machen. Er versicherte, dass sich die FHNW an die Vorgaben ihrer Auftraggeber – der vier beteiligten Kantone – halte und mit den zur Verfügung gestellten Mitteln haushälterisch umgehe. Die Debatte im Basel-

bieter Parlament habe ihm gezeigt, dass der Informationsstand längst nicht dort sei, wo er dachte, sagte Bergamaschi. Hier bestehe ganz klar Nachholbedarf. Noch keine Gedanken hat sich der Direktor über mögliche Sparmassnahmen gemacht, die der Landrat in Verbindung mit dem Globalkredit verlangt hat. Er habe bislang weder vom Baselbieter Bildungsdirektor noch vom Regierungsausschuss, seiner vorgesetzten Behörde, einen entsprechenden Auftrag erhalten.

INTERVIEW SEITEN 4 UND 5

BERUFSMATUR - Imagekampagne für hoch qualifizierten Berufsnachwuchs gestartet.

Berufslehre plus Berufsmatur

Die Bildungsdirektionen der beiden Basel haben zusammen mit den regionalen Wirtschaftsverbänden die zweijährige Imagekampagne «Berufslehre plus Berufsmatur» lanciert. Mehr Jugendliche sollen für eine Berufslehre mit Berufsmatur gewonnen werden, einen dem Gymnasium ebenbürtigen Bildungsweg, der zum Studium an einer Fachhochschule führt. Die Wirtschaft will so dem Mangel an hoch qualifizierten Fachkräften entgegenwirken.

Plakate, Info-Anlässe, Website

Die Imagekampagne «Berufslehre plus Berufsmatur» wirbt mit Plakaten, Inseraten und anderen Werbemitteln sowie mit zahlreichen Anläs-

Berufslehre plus Berufsmatur
Mach Karriere mit einer Berufsmaturität!

Vorteile der Berufsmaturität sind:

- Berufsmaturität
- BM-Richtungen
- Ausbildungsmodelle
- Bedingnisse
- FAQ
- Prüfverfahren
- Vorbereitungskurse
- Info für Lehrbetriebe



Prüfungsfreie Aufnahme



Keine Aufnahmeprüfung



Keine Aufnahmeprüfung



Keine Aufnahmeprüfung

Alle Infos zur Kampagne und zur Berufsmatur gibt es auf www.berufsmaturbb.ch.

sen bei Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Unternehmen für diesen Weg, der eine solide Berufsausbildung mit mehr Allgemeinbildung kombiniert. Das eidgenössische Fähigkeitszeugnis zusammen mit dem Berufsmaturitätszeugnis ist der Schlüssel für den prüfungsfreien Zugang zu einem Fachhochschulstudium. Ziel der Anfang dieser Woche lancierten Kampagne ist es, mehr Jugendliche für eine Berufslehre mit Berufsmatur zu gewinnen und die Berufsmaturitätsquote in den Kantonen Basel-Stadt und Basellands über den schweizerischen Durchschnittswert zu heben.

SEITE 7

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

ERDÖL-VEREINIGUNG 2

Geschäftsführer Niklaus Boss in der Zange.

KLEINKREDITE 7

Sind Jugendliche mit Werbeverböten zu retten?

NUTZFAHRZEUGE 9 - 10

Weiterhin viel Neues von Kombi, Pick-Up & Co.

AUS-/WEITERBILDUNG – Erster Zertifikatslehrgang Unternehmensführung KMU an der FHNW mit zwölf Teilnehmenden gestartet.

Praxisorientierte Ausbildung für Führungskräfte

Mitte Januar startete an der Fachhochschule für Wirtschaft der FHNW in Basel der erste Zertifikatslehrgang Unternehmensführung KMU. Christoph Buser, Leiter KMU-Förderung der Wirtschaftskammer Baselland, begrüßte zur Premiere zwölf Teilnehmende. Die Idee vom Lehrgang für KMU-Führungskräfte, die von der FHNW entwickelt worden ist, habe die Wirtschaftskammer auf den ersten Blick überzeugt, sagte Buser. Deshalb sei für ihn sofort klar gewesen, dass seine Organisation den speziell auf KMU ausgerichteten Lehrgang mittragen würde. Weitere Partnerin ist nebst der Fachhochschule Nordwestschweiz die Basellandschaftliche Kantonalbank.

Alle Beteiligten hätten Wert darauf gelegt, dass sich der Lehrgang stark an der Praxis orientiert und dass den Teilnehmenden die Methoden und Instrumente rund um die Unternehmensführung in KMU vermittelt würden. Unter anderem werden während des Diplomlehrgangs die zentralen betriebswirtschaftlichen Methoden, Grundsätze der Strategie-Entwicklung sowie das richtige Planen und Durchführen einer Unternehmensnachfolge erlernt.

Der CAS-Lehrgang richtet sich an Führungskräfte von KMU, Personen, die eine Unternehmensnachfolge antreten, sowie an Unternehmerinnen, Unternehmer und solche, die es werden wollen. Die nächsten Lehrgänge starten am 28. August 2012 in Brugg und am 17. Januar 2013 in Basel.



Lehrgangsteilnehmer Markus Bosshart (links) zusammen mit Hochbautechniker Claudio Heim (Mitte) und Vater Hans-Jörg Bosshart im Arbeitsalltag. BILD ZVG

Zu den zwölf Teilnehmenden der Premiere des Zertifikatslehrgangs der FHNW gehört Markus Bosshart. Der 32-Jährige ist Geschäftsführer der 2011 gegründeten VIA Liegenschaften AG in Pratteln. Das Unternehmen verwaltet Immobilien und plant und realisiert Renovationen von Verwaltungsobjekten. Das Unternehmen ist hervorgegangen aus der Firma für Liegenschaftsunterhalt und Innenausbau von Markus Bosshart und dem Architektur- und Immobilienverwaltungsbüro seines Vaters Hans-Jörg. Bereits vor der Zu-

sammenlegung der beiden Einzelfirmen zur VIA Liegenschaften AG hatten Vater und Sohn eng zusammengearbeitet.

Markus Bosshart ist gelernter Zimmermann und hat während acht Jahren selbstständig gearbeitet und zuletzt drei Mitarbeitende beschäftigt. Das nun zusammengeführte Familienunternehmen hat insgesamt acht Mitarbeitende: Architekten, Bauhandwerker sowie kaufmännisches Personal. Der «Standpunkt» hat Lehrgangsteilnehmer Markus Bosshart zum Start einige Fragen gestellt.

Herr Bosshart, weshalb haben Sie sich für den Kurs an der FHNW eingeschrieben?

■ Seit kurzer Zeit bin ich Geschäftsführer eines Unternehmens mit acht Mitarbeitenden. Ich bin an einer Ausbildung interessiert, die mir eine bessere fachliche Basis für meine Aufgabe als Geschäftsleiter gibt. Dabei habe ich verschiedene Möglichkeiten geprüft. Eine dreijährige berufsbegleitende Ausbildung zum Beispiel kam für mich aus Zeitgründen nicht infrage. Der Zertifikatslehrgang für Unternehmensführung KMU, für den ich mich entschieden habe, dauert dagegen nur neun Monate und erscheint sehr praxisbezogen ausgerichtet zu sein.

Was versprechen Sie sich vom Lehrgang?

■ Bisher habe ich mir immer selber erarbeitet, was es braucht, um das Geschäft am Laufen zu halten. Das hat soweit auch funktioniert. Ein grösserer Betrieb wirft aber immer mehr Fragen auf. Ich möchte jetzt einen grossen Schritt weiterkommen und unser Unternehmen professionell führen können. Derzeit habe ich Defizite in der Personalführung und in der Kosten-/Planungsrechnung. Mit einer externen Schulung erhoffe ich mir in diesen Bereichen mehr Kompetenz.

Und hinterher sind Sie sofort fit, um das Unternehmen selbstständig zu managen?

■ Ich werde bestimmt besser gewappnet sein für die Alleinverantwortung. Mein Vater bleibt noch drei bis fünf Jahre im Unternehmen. Der Übergang zur Alleinverantwortung wird flussend erfolgen.

«ICH MÖCHTE EINEN SCHRITT WEITER KOMMEN UND UNSER UNTERNEHMEN PROFESSIONELL FÜHREN KÖNNEN.»

Wie ist Ihr erster Eindruck vom Lehrgang?

■ Sehr positiv. Die Teilnehmenden kommen aus den unterschiedlichsten Berufsgattungen – vertreten sind Handwerk, Finanzbranche, Spedition und Informatik. Das ist spannend. Mir gefällt auch, dass der Unterricht nicht frontal abgehalten wird. Stattdessen werden die Teilnehmenden aktiv einbezogen, zum Beispiel mit Gruppenarbeiten. Das bringt Abwechslung. Am Ende des ersten Kurstages war ich überrascht, wie rasch die Zeit verfliegt. Das ist ein gutes Zeichen.

Gibt es im Kursprogramm einen Punkt, auf den Sie besonders gespannt sind?

■ Ja, die Erarbeitung eines Businessplans. Das wird mich wahrscheinlich ziemlich fordern. Aber so soll es auch sein. ch.

POLIT-KOLUMNE

Die Wahrheit kommt an den Tag

Am 1. Juni 2004 sind die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit in Kraft getreten, welche im Rahmen der bilateralen Abkommen (Bilaterale I) zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) ausgehandelt wurden. Der Druck der Linken und der Gewerkschaften mündete damals in das feierliche Versprechen von Bundesrat und Parlament, die grenzenlose Wanderung von Arbeitnehmern werde nach den Regeln der schweizerischen Sozialpartnerschaft ablaufen. Bund und Kantone sollten verhindern, dass sich die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz verschlechtern (kein Lohn- und Sozialdumping). Kontrollen sollten Missbräuche verhindern.

Und die Praxis? Man braucht nicht den Argwohn linker und rechter Politiker zu teilen, um ermüdet festzustellen: Die Personenfreizügigkeit ist aus dem Ruder gelaufen. Das zeigt die Lageanalyse der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK), die sich auf eine umfassende Evaluation der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK) vom 16. Juni 2011 stützt. Die GPK stellt fest: Die Öffnung des Arbeitsmarktes hatte bereits ab 2004 einen Lohndruck zur Folge. Und wörtlich: «Die Auswirkungen dieser Öffnung breiteten sich nach und nach auf das ganze Land aus, wobei die Arbeitnehmenden mit niedrigem Bildungsniveau und das neu angestellte Personal am stärksten davon betroffen sind.»

Die GPK rügt, dass es weder von Seiten des Bundesrates noch des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) eine Strategie für den Umgang mit der Personenfreizügigkeit gab. Die «Steuerung» der flankierenden Massnahmen erfolgte ohne zuverlässige Erkenntnisse über deren Wirksamkeit und hing einzig von politischen Überlegungen ab. Die Evaluation der PVK zeigt auch, dass gar keine verlässlichen Aussagen über die Wirksamkeit der flankierenden Massnahmen gemacht werden



Peter Amstutz, ehemaliger Leiter der Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung»

können. Trotzdem verkündeten der Bundesrat und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) wiederholt, die Massnahmen seien wirksam und die Personenfreizügigkeit habe keinen Lohndruck zur Folge gehabt.

Die sei nicht die ganze Wahrheit, sagt die GPK: «Sie gingen nicht von aussagekräftigen, vollständigen, verlässlichen und objektiven Daten aus. Deshalb lädt die GPK den Bundesrat ein, seine Kommunikation auf eine verlässliche Datenbasis zu stützen.» Es geht darum, dass ausländische Arbeitnehmende nicht mehr länger mit Dumping-Stundenlöhnen von drei, vier und fünf Euro ausgebeutet und einheimische Lohnbezügler unter solchem Lohndruck in Existenznöte getrieben werden.

Was diesbezüglich versäumt wurde, steht im PVK-Bericht: «Die Personenfreizügigkeit hat gewichtige Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft. Dies zeigt sich insbesondere im

Anstieg des Konsums und der Wohnungsnachfrage, aber auch in der Zunahme von ausländischen Stellensuchenden, die sowohl eine Ergänzung als auch eine Konkurrenz auf dem einheimischen Arbeitsmarkt sein können.» Die PVK bestätigt, dass das wegen der Personenfreizügigkeit erhöhte Angebot an Arbeitskräften tatsächlich Druck auf die Löhne ausgeübt hat, weil die Löhne der entsandten Arbeitnehmenden «manchmal deutlich unter den Löhnen der Niedergelassenen liegen». Zum Gesamtbild gehört auch dieser Tadel: «Die meisten Anwendungsprobleme waren seit Jahren bekannt, und die unangebrachten Praktiken gewisser Kantone und paritätischer Kommissionen hätten viel früher dazu führen sollen, dass der Bundesrat aktiv wird.»

Tatsächlich steht heute ein zentrales Strukturelement der Schweizer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf dem Prüfstand: Es geht um die im Geiste der offenen Partnerschaft gepflegten korrekten Beziehungen zwischen den Sozialpartnern (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen). Am 20. Januar dieses Jahres bekundete der Bundesrat Einsicht und versprach: «Der Bundesrat will den Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit weiter verbessern. Dazu ist er bereit, (...) die Empfehlungen der GPK des Nationalrates zu übernehmen und umzusetzen. Im Zentrum steht dabei eine Verbesserung der strategischen und operativen Steuerung der flankierenden Massnahmen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren.» Wo ein Wille ist, müsste auch ein Weg zu finden sein!

Der Autor gibt seine eigene Meinung wieder. Diese muss sich nicht mit jener der Wirtschaftskammer decken.

KMU-FRAUEN BASELSTADT

Jahresprogramm 2012

Für das Jahr 2011 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Veranstaltungen geplant (Mitglieder erhalten für die Anlässe rechtzeitig Einladungen mit allen Detailinformationen):

Landi

Zu Besuch bei der Landi. Mittwoch, 14. März (Zeit und Treffpunkt offen).

«Burnout»

Tag der Frau zum Thema «Burnout». Samstag, 14. April (9 Uhr) im Kongresszentrum der Messe Basel, Saal Montreal.

Spargeln

Beim diesjährigen Partneranlass werden Spargeln verspiesen. Dienstag, 5. Juni 2012 (18 Uhr), Treffpunkt offen.

Blindenhundeschule

Besuch bei der Blindenhundeschule in Allschwil. Donnerstag, 20. September (Zeit offen), Marktallstr. 6, Allschwil.

Vollversammlung

Im November wird die Vollversammlung der KMU Frauen stattfinden. Das Datum steht noch nicht fest.

Frauen, welche die Organisation kennenlernen möchten, sind zu den oben aufgeführten Anlässen herzlich eingeladen. Eine vorgängige Anmeldung wird erbeten. Auskünfte und Anmeldung: Telefon: 061 927 65 58 oder E-Mail: kmufrauen@kmu.org

ANZEIGE



FERIENINITIATIVE – Bundesrat, Parlament, bürgerliche Parteien und Wirtschaft sind gegen das Volksbegehren.

Die Kehrseite einer glänzenden Medaille

«Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf bezahlte Ferien von jährlich mindestens sechs Wochen.» Dieser Satz soll in der Bundesverfassung stehen, wenn es nach den Vorstellungen der Gewerkschaften (travail.suisse) geht. Gemäss geltender Ferienregelung (Artikel 329a Obligationenrecht) stehen den Arbeitnehmenden vier Wochen pro Jahr zu; Arbeitnehmenden bis zum vollendeten 20. Altersjahr fünf Wochen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Sozialpartner) können sich vertraglich auf grosszügigere Regelungen verständigen. So sind schon heute Regelungen verbreitet, um älteren oder langjährigen Arbeitnehmenden fünf oder sechs Wochen Ferien zu ermöglichen.

Am 26. Juni 2009 reichten die Gewerkschaften ihre Volksinitiative «Sechs Wochen Ferien für alle» ein. Bundesrat und Parlament haben dem Volksbegehren eine klare Abfuhr erteilt und keinen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Der Bundesrat sieht durch die Initiative den Spielraum für Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen gefährdet. Die sechs Ferienwochen könnten sich für die Arbeitnehmenden im Endeffekt als nachteilig erweisen.

Nun ist es Sache des Souveräns, am 11. März 2012 an der Urne definitiv zu entscheiden. Es geht um die Frage, ob der Ferienanspruch der gesamten Arbeitnehmerschaft landesweit und einheitlich per Verfassung oder weiterhin gemäss bisherigen Gepflogen-

heiten im Rahmen der bewährten Sozialpartnerschaft geregelt werden soll.

Weit reichende Folgen

Die eidgenössische Ferieninitiative ist eine prächtig glänzende Medaille mit einer weniger schönen Kehrseite. Denn wer das Ferienversprechen der Gewerkschaften seriös betrachtet, muss auch nach den Folgen fragen, falls die Wirtschaft verpflichtet würde, sämtlichen Arbeitnehmenden «mindestens» sechs bezahlte Ferienwochen zu ermöglichen. Das Hauptproblem: Die Initiative erhöht die Produktionskosten in einer denkbar schwierigen konjunkturellen Lage. Der Spielraum der Wirtschaft ist heute kleiner denn je. Es ist absehbar, dass die Abkühlung des Weltwirtschaftsmotors alle KMU und insbesondere die exportorientierten Unternehmen in den nächsten Jahren enorm belasten wird. Damit gefährdet die Initiative ausgerechnet in jenem Bereich Arbeitsplätze, der mit Personalbeständen von weniger als zehn Mitarbeitenden fast neunzig Prozent der volkswirtschaftlichen Gesamtlasten trägt.

Arbeitsplätze in ernster Gefahr

Für den KMU-Bereich bedeutet eine zusätzliche Ferienwoche Zusatzkosten von über sechs Milliarden Franken pro Jahr. Solche Belastungen schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz insgesamt und gefährden damit Arbeitsplätze. Vor allem ungenügend ausgebildete Stellensuchende bekämen die Nachteile zu spüren.



Es ist deshalb ernst zu nehmen, dass sämtliche bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände sowie die klare Mehrheit der Bundesversammlung vor einer Verfassungspflicht für mindestens sechs Ferienwochen warnen. Dank den bewährten sozialpartnerschaftlichen Lösungen, die in der Schweiz mit Gesamtarbeitsverträgen und Firmenregelungen seit Jahrzehnten funktionieren, gehört heute die Schweizer Volkswirtschaft zu den weltweit wettbewerbsfähigsten. Das ist möglich geworden dank einem wachen Sinn der Arbeitnehmerschaft und des Souveräns für die Ausgewogenheit zwischen Ansprüchen und Möglichkeiten des gegenseitigen Gebens und Nehmens. Dieses bewährte Zusammenspiel sollte nicht gefährdet werden. Vor allem auch nicht, weil mehr Ferien in der Praxis zwangsläufig zu höherer Ar-

beitsbelastung für weniger Personal führen würden.

Mehr Hektik und Stress

Die Ferieninitiative verspricht zwar mehr Freizeit, aber sie führt zu mehr Hektik und Stress im Arbeitsleben. Denn bei gleichem Lohn für eine Woche weniger Produktion wird mehr Leistung zwingend, sonst geht die unternehmerische Rechnung nicht auf. Die Beurteilung des Bundesrates ist einleuchtend: «Längere Ferien können den Spielraum für Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen einschränken und sich deshalb für die Arbeitnehmenden als nachteilig erweisen.» PA.

DAS SPRICHT GEGEN DIE FERIENINITIATIVE

Sie schadet den KMU:

- KMU leiden bereits unter dem starken Franken und im internationalen Vergleich hohen Arbeitskosten.
- Annahme der Initiative würde 6 Milliarden Franken pro Jahr kosten.
- Zusätzliche Belastungen liegen in der Krise nicht drin.

Sie gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand:

- Höhere Arbeitskosten schaden der Konkurrenzfähigkeit unserer KMU.
- Höhere Arbeitskosten führen zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins günstigere Ausland.
- Weniger Arbeitsplätze gefährden den Wohlstand der Schweiz.

Sie schadet den Arbeitnehmenden:

- Flexible Arbeitszeitmodelle sind gefährdet.
- Mehr Ferien führen zu weniger Lohn.
- Längere Stellvertretungszeiten bedeuten mehr Stress.

FERIENINITIATIVE – Peter Meier, Geschäftsführer MEVO und Präsident Metall-Union Nordwestschweiz, nimmt Stellung zur Ferieninitiative.

«Ferieninitiative bringt für die Arbeitnehmer mehr Stress»

Herr Meier, hätten Sie nicht gerne 6 Wochen Ferien im Jahr?

■ Jeder von uns hätte gerne möglichst viel Ferien! Leider ist das nicht realistisch und entlarvt diese Initiative als Mogelpackung.

Die Initianten versprechen den Arbeitnehmern mehr Ferien, mehr Familie und weniger Arbeit. Das ist sehr verlockend. Wie erklären Sie dem Stimmvolk, dass es sich NICHT beschenken darf mit mehr Ferien?

■ Das Versprechen von mehr Ferien ist sicher verlockend und ist ja auch die Kernaussage der Initiative. Weniger Arbeit ist aber der Teil der Vorlage, der schlicht und einfach nicht stimmt und deshalb ist diese Initiative eine Mogelpackung. Die Arbeit wird ja nicht weniger, sondern muss von gleich vielen Arbeitnehmern einfach in kürzerer Zeit erledigt werden. Die Folgen davon sind vor allem mehr Stress und Druck für die Arbeitnehmer. Also bewirkt diese Initiative eigentlich genau das Gegenteil.

Die Initianten sagen, Druck und Stress auf die Arbeitnehmenden hätten stark zugenommen, die Arbeitsbelastung mache viele krank.

■ Die Arbeitsbelastung hat im Gegensatz zu früher nicht grundsätzlich zugenommen. Wir haben heute viele automatisierte Abläufe, wir haben bessere Hilfs- und Heilmittel und wir haben eine flexible Jahresarbeitszeit. Arbeitsbelastung macht heute nicht mehr Menschen krank als früher. Ich kenne auch keine Studie, die beweist, dass mehr Ferien die gesundheitlichen Probleme mindern.



Sechs in der Verfassung festgeschriebene Ferienwochen dienen weder den Arbeitnehmenden noch den Arbeitgebern, ist Peter Meier überzeugt. BILD CH.

Wären Ferien tatsächlich die richtige Antwort auf eine starke Beanspruchung am Arbeitsplatz?

■ Wie gesagt: Die Arbeitsbelastung ist meiner Meinung nach nicht wirklich gewachsen. Wir haben heute ja bereits eine Reihe von Möglichkeiten zur Entlastung: Teilzeitarbeit, unbezahlten Urlaub oder Frühpensionierung.

Wie könnten Stress und Burnout-Risiko am Arbeitsplatz nach Ihrer Meinung herabgesetzt werden?

■ Diese Faktoren können durch den Arbeitgeber sowie den Arbeitnehmer entscheidend reduziert werden. Der Arbeitgeber kann mit einem guten Arbeitsumfeld, vernünftiger Ressourcenplanung und gutem Management sei-

nen Beitrag dazu leisten. Der Arbeitnehmer kann diese Risiken durch eine vernünftige Freizeitgestaltung (z.B. Hobby als Ausgleich), mit gutem sozialen Umfeld und ausgewogener Ernährung minimieren.

Wie viele Wochen Ferien sieht der GAV in Ihrer Branche vor? Und auf wie hoch schätzen Sie die Zahl Ferientage, die Arbeitnehmer effektiv beziehen können?

■ Der GAV der MUBL-NWS sieht ein Minimum von 22 Tagen Ferien vor. Für Jugendliche unter 20 Jahren sowie für Mitarbeiter ab 50 Jahren sind es 25 Tage und für Mitarbeiter ab 60 Jahren sogar 30 Tage. Wir haben gesetzliche Feiertage, welche wiederum

einige Brückentage auslösen. Im Weiteren gibt es Betriebsferien zwischen Weihnachten und Neujahr, welche wir mit einer Vorholzeit das ganze Jahr hindurch kompensieren. Somit kommen alle unsere Mitarbeiter bereits in den Genuss von fünf bis sechs Ferienwochen im Jahr, dafür braucht es keine neuen Gesetze.

Ganz konkret: Was würden sechs Wochen Ferien für Ihren Betrieb mit 50 Mitarbeitenden denn bedeuten? Welche Auswirkungen hätte dies?

■ Bei 50 Mitarbeitern, welche heute durchschnittlich gemäss GAV rund 25 Tage Ferien haben, wären das 250 Ferientage im Jahr mehr. Das würde einerseits die Arbeitskosten enorm verteuern, andererseits das bestens funktionierende Jahresarbeitszeitmodell gefährden. Der Druck auf die anwesenden Mitarbeiter würde sich massiv erhöhen.

Welche Massnahmen würden Sie ergreifen müssen bzw. in Betracht ziehen, sie zu ergreifen?

■ Wir müssten einerseits auf Verbandsebene einen neuen Gesamtarbeitsvertrag mit den Gewerkschaften aushandeln. Die zusätzlichen Ferientage müssten mit Lohneinbussen und/oder zukünftigen Lohnerhöhungen kompensiert werden. Andererseits müsste man über die Erhöhung der Jahresarbeitszeit diskutieren. Je nach den Veränderungen im GAV müssten dann interne Massnahmen umgesetzt werden, z.B. obligatorische Betriebsferien während der saisonal schwächeren Monate wie Januar und Februar.

Als Präsident der Metall-Union Nordwestschweiz vertreten Sie viele Kleinunternehmer mit zehn und weniger Mitarbeitenden. Was hätten die bei einer Annahme der Initiative zu befürchten?

■ Ich denke, für Kleinbetriebe würde sich die ganze Angelegenheit mit den internen Ferienvertretungen noch schwieriger gestalten. Dort ist noch viel weniger jeder in den Ferien weilende Angestellte durch Anwesende ersetzbar. Diese Betriebe würden in ihrem Handlungsspielraum und in ihrer Flexibilität massiv eingeschränkt. Gerade diese Flexibilität ist aber ein entscheidender Trumpf von Kleinunternehmen.

Gefährdet die Initiative Ihrer Meinung nach Arbeitsplätze?

■ Arbeitsplätze sind sicher gefährdet. Vielleicht weniger in unserer national tätigen Branche, aber ganz bestimmt bei international ausgerichteten Firmen. Ich bin überzeugt, dass solche künstlichen Eingriffe die Arbeitskosten erhöhen und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit sinkt. Die Folgen davon sind Stellenabbau und somit höhere Arbeitslosenzahlen.

Wenn der Weltwirtschaftsmotor rund laufen würde und es keine Währungskrise gäbe – was hielten Sie dann von der Ferieninitiative?

■ Für mich geht es bei der Ferieninitiative um etwas Grundsätzliches, isoliert betrachtet von Wirtschaftszyklen. Diese Initiative ist mit unseren heutigen sozialen Errungenschaften – flexible Arbeitszeitmodelle, Berücksichtigen von individuellen Ferienwünschen – nicht kompatibel. ch.

FACHHOCHSCHULE NORDWESTSCHWEIZ – Wenn die FHNW ihre Ausgaben senken soll, muss sie ihren Leistungsumfang nach unten korrigieren – im Auftrag der Trägerkantone, sagt Direktionspräsident Crispino Bergamaschi im Gespräch mit Landrat Christoph Buser.

Sparen an der FHNW ist Aufgabe der Politik

Den Anstoss für die Einladung zum Gespräch zwischen Christoph Buser, Landrat und Bereichsleiter KMU-Förderung, und Crispino Bergamaschi, Direktionspräsident der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), hat die Diskussion im Landrat ums Globalbudget für die Hochschule gegeben. Im Haus der Wirtschaft, aber auch in politischen Kreisen ist vermehrt Kritik an der FHNW zu hören, die Akzeptanz für die Hochschule geht zurück. Gleichzeitig steht die Wirtschaftskammer Baselland hinter der Institution FHNW als wichtiger Träger unseres dualen Bildungssystems. Die Wirtschaftskammer nimmt die Kritik ernst und hofft, dass die FHNW zusammen mit der Wirtschaft und der Politik die Weichen für die Zukunft richtig stellen kann.

Christoph Buser: Herr Bergamaschi, blenden wir einige Wochen zurück – zur Diskussion zum erhöhten Globalbudget 2012 bis 2014 im Baselbieter Landrat. Wie haben Sie die Diskussion im Parlament und das knappe Nein erlebt?

■ **Crispino Bergamaschi:** Ich war in erster Linie überrascht. Ich habe festgestellt, dass der Informationsstand nicht dort ist, wo ich dachte, er sei es. Aufgrund der Debatte im Landrat wurde mir bewusst, dass da noch viel Informationsarbeit zu leisten ist.

Diese Gelegenheit möchten wir Ihnen mit diesem Gespräch geben.

■ ... wofür ich mich bedanke. Ich hole etwas aus: Die Eidgenossenschaft hat 1995 entschieden, Fachhochschulen zu gründen: Das eidgenössische Fachhochschulgesetz gibt vor, dass neben den klassischen Bereichen (Technik und Wirtschaft) auch Angewandte Psychologie, Soziale Arbeit, Gestaltung, Kunst sowie Musik integriert werden. Die vier Träger der FHNW haben zudem beschlossen, die Pädagogische Hochschule zu integrieren. Mit dem Staatsvertrag haben vier Kantone ja gesagt zu neun Fachbereichen mit neun Hochschulen von wichtiger gesellschaftlicher Relevanz. Es existiert keine Wertung, welche Bereiche wichtiger oder weniger wichtig sind. Den Leistungsauftrag erteilen die vier beteiligten Kantone.

In der Landratsdebatte wurde ein gewisses Missfallen deutlich, dass die «zusätzlichen» Bereiche inzwischen gleich gross, wenn nicht grösser geworden sind, als das einstige «Tech».

■ Das hat einerseits mit unserem Auftrag zu tun und andererseits mit der Nachfrage. Im Bereich Pädagogik ist der Partner die öffentlich-rechtliche Seite. Der braucht Lehrkräfte und hat uns Wachstum verordnet. In den Bereichen Musik, Kunst und Soziales übersteigt die Nachfrage das von uns eingefrorene Angebot bei weitem. Wir haben einen Numerus clausus eingeführt. Wer beispielsweise an der Musikhochschule aufgenommen wird, kann das als Kompliment auffassen. Wachsen möchten wir in den technischen Sparten und in der Wirtschaft. Wir wissen, dass die Wirtschaft Fachkräfte braucht. So gehen wir im Bereich Life Science alles, und



Crispino Bergamaschi, Direktionspräsident der FHNW leistete auf Einladung von Christoph Buser Aufklärungsarbeit in Sachen Finanzen, Leistungsauftrag und Sachzwänge.

wir wollen die besten Leute für uns gewinnen. Die Bildungssystematik setzt uns allerdings Grenzen: Zugang hat man in diesen Bereichen nur mit einschlägiger Berufslehre und Berufsmatura. Wir haben demnach nur so viel Potenzial, wie die Firmen Lernende mit Berufsmatura ausbilden.

Mit anderen Worten: Es gibt zu wenig Lehrlinge.

■ Richtig. Wenn wir mehr Lehrlinge mit Berufsmatura hätten – es könnten alle kommen. Unsere Türen stehen ihnen für die entsprechenden Studiengänge offen. An der Fachhochschule öffnet aber nur die «richtige» Berufsmatura die Tür zum Studium – Wir nehmen keinen Floristen mit Berufsmatura für ein Life-Science-Studium.

Welche Möglichkeiten sehen Sie noch, um der Wirtschaft noch mehr Führungskräfte mit Berufserfahrung zur Verfügung stellen zu können?

■ Wir müssen unser Einzugsgebiet erweitern. Wir wollen unsere Hochschule attraktiver machen für Studierende von ausserhalb. Wer in Bern oder Luzern eine Lehre im Bereich Life Science gemacht hat, soll sagen: «Fürs Studium ist Muttenz die erste Wahl.»

Wen bearbeiten Sie dafür? Die Wirtschaft?

■ Die Kräfte der Berufsbildung sind hier vor allem am Werk. Der Berufsmaturitätsanteil steigt – speziell im kaufmännischen Bereich. Und von den Berufsmaturanten geht derzeit rund die Hälfte an die Fachhochschule. Auch hier steigt der Anteil – was in unserem Interesse ist. Wir wollen junge Berufsleute zu uns holen.

Der Baselbieter Landrat hat kritisiert, dass die FH Master-Studiengänge anbietet, die bereits von

Universitäten abgedeckt werden. Sollte es Parallelen geben, liege dort ein gewisses Sparpotenzial. Sehen Sie denn überhaupt keine Doppelspurigkeiten?

■ Für sehr viele Studiengänge gibt es gar kein universitäres Pendant, wie zum Beispiel in den Bereichen Gestaltung & Kunst sowie Musik. Für Lehrkräfte auf Primarstufe und Sekundarstufe I als weiteres Beispiel gibt es nur den Fachhochschul-Weg. Mit dem Bachelor ist man im Kindergarten und in der Primarschule unterrichtsberechtigt. Auf Sekundarstufe 1 braucht es einen Master, den man nur bei uns erwerben kann. Die Minderheit unserer Masterstudiengänge hat ein «Pendant» auf universitärer Stufe. Und wo dies der Fall ist, ist unser Angebot keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung. Ein hervorragendes Beispiel ist die Architekturausbildung: Wir haben hier grossmehrfach Hochbauzeichner und nicht Maturanden. Die starten an einem ganz anderen Ort zur Bachelor-Ausbildung, und sie haben nach dem Studium ein ganz anderes Profil als die Absolventen der Architektur-Ausbildung an der ETH. Die ETH bildet Architekten im grossen Entwurf oder im Design aus. Unsere Idee ist eine Ergänzung, komplementär zur ETH-Ausbildung. Wir bringen Leute hervor, die das Handwerk beherrschen, den konstruktiven Teil umsetzen können, die wissen, wie es auf der Baustelle läuft und die auch den «grossen Entwurf» verstehen. Ein weiteres Beispiel: Angewandte Psychologie. Unser Studiengang lehrt Arbeitspsychologie im Gegensatz zur klinischen Psychologie, wie sie an der Universität gelehrt wird.

Es gibt sicher auch Uni-Abgänger, die im gleichen Arbeitsfeld tätig sind wie die FH-Arbeitspsychologen.

■ Das schliesse ich nicht aus. Aber es spielt für die Arbeitgeber eine immer wichtigere Rolle, wo die Bewerber ausgebildet worden sind.

Wie gut werden Ihre komplementären Masterstudiengänge nachgefragt?

■ Sehr gut. In einzelnen Bereichen haben wir sogar Zulassungsbeschränkungen.

Ich kann Ihnen versichern, dass die von Ihnen dargelegten Informationen an der Basis so nicht angekommen sind: Im Landrat macht sich in Anbetracht der steigenden Kosten der FHNW ein Gefühl zwischen Ohnmacht und Unwissen breit, darüber, wie man Einfluss nehmen könnte, um den Kostenzuwachs zu bremsen. Und der erweiterte Pädagogik-Auftrag zur Sicherung des Lehrkräfte-Nachwuchses ist wohl von den Wenigsten mit der Fachhochschule in Verbindung gebracht worden. Dieser Aufgabe müssen Sie sich zusammen mit den Bildungsdirektoren annehmen – gleichzeitig mit dem Landratsbeschluss, wonach die FHNW bis Ende dieses Jahres aufzeigen soll, wie sie in der nächsten Budgetperiode (2015 bis 2017) den Kostenanstieg bremsen will. Was in der Wirtschaft trotz aller Erklärungsversuche kaum verstanden werden dürfte, sind die gross dimensionierten Angebote in Psychologie, Kunst oder Musik. Die Wirtschaft sieht die Ausbildung in diesen Bereichen nicht als ihre Aufgabe – wird aber dennoch zum bedingungslosen Support der Fachhochschule aufgerufen. Aber zurück zum eigentlichen Thema: Wo kann die FHNW sparen?

■ Der Landratsbeschluss samt Zusatz liegt zurzeit beim Baselbieter Regie-

rungsrat. Wir erhalten unsere Aufträge vom Regierungsausschuss der vier Trägerkantone. Bis jetzt gibt es von unserer vorgesetzten Behörde aber noch keinen Sparauftrag. Wir haben bisher auch nichts unternommen.

Wo orten Sie Potenzial?

■ Im Moment kann ich dazu nur so viel sagen: Das nun von allen vier Trägerkantonen abgesetzte Budget wurde hart verhandelt und mehrmals durchgekämmt.

Mit der Gründung der FHNW verbunden war die Hoffnung auf Synergieeffekte. Und damit auf tiefere Verwaltungskosten. Viele Parlamentarier sind der Meinung, dies sei nicht der Fall; Ihr Verwaltungsapparat sei sogar aufgebläht. Wie stark sind Ihre Verwaltungsausgaben tatsächlich gewachsen?

■ Wer unternehmerisch denkt, versucht die Kosten des nicht produktiven Teils möglichst tief zu halten. Deshalb stellen wir uns diese Frage selber immer wieder. Gemäss Auswertungen des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie liegen wir mit den Administrationskosten klar unter dem Durchschnitt. So lange das der Fall ist, steht bei mir die entsprechende Signallampe schon mal nicht auf Rot. Ob man an den Kosten nicht immer wieder arbeiten kann, das ist eine andere Frage. Ich nehme die Kritik ernst. Ich verlange aber auch, dass die Kritiker mit einer seriösen Referenzgrösse – also den Zahlen der anderen Fachhochschulen – operieren. Und in diesem Vergleich stehen wir hervorragend da.

Wer bestimmt über das Studienangebot an der Fachhochschule?

WEITER AUF DER NÄCHSTEN SEITE

ZUR PERSON

Crispino Bergamaschi

Prof. Dr. Crispino Bergamaschi ist seit Anfang 2011 Direktionspräsident der Fachhochschule Nordwestschweiz mit 9 Sparten, rund 10000 Studierenden und gut 1600 Mitarbeitenden in vier Kantonen. Mit seinem beruflichen Werdegang empfahl er sich aufs Beste für die Nachfolge des Ende 2010 in den Ruhestand getretenen FHNW-Direktors Richard Bühner: Nach einer Elektromechanikerlehre machte der Aargauer an der HTL Brugg-Windisch ein Ingenieurstudium und wechselte dann an die ETH Zürich, wo er ein weiteres Ingenieurstudium absolvierte und auch seinen Doktor machte. Nach einer Lehrtätigkeit an der Fachhochschule Aargau übernahm Bergamaschi 2001 die Verantwortung der Hochschule für Technik und Architektur innerhalb der Hochschule Luzern. Bergamaschi ist 58-jährig, verheiratet und hat zwei Kinder. Er wohnt in Beinwil am See; sein Arbeitsort ist Brugg. ch.

NEUBAUPROJEKT

Campus Muttenz in Projektierungsphase

Den Campus im Muttenzer Polyfeld will sich der Kanton Baselland voraussichtlich um 335 Mio. Franken kosten lassen. Ein Architekturwettbewerb ist bereits abgeschlossen. Das Projekt von «pool Architekten» Zürich mit Perolini Baumanagement AG wurde von der Jury aus 18 Eingaben einstimmig als Sieger erkoren und zur Weiterbearbeitung empfohlen. Das Projekt «Kubuk» leiste einen überzeugenden architektonischen Beitrag, der ein hohes Mass an Nutzungsflexibilität, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit aufweise, begründete die Jury ihren Entscheid. Insbesondere erfülle das Projekt das von der Bauherrschaft im Rahmen des Evaluationsverfahrens vorgegebene Kostenziel sowie die Vorgaben zu einer effizienten Flächenverwaltung. Auch städtebaulich vermochte «Kubuk» die Jury zu überzeugen: Es habe das Potential für einen lebendigen und identitätsstiftenden Hochschulstandort im Quartier. Das Projekt stelle sich als klar definiertes und kräftiges Volumen mit einem räumlich äusserst attraktiven Innenleben dar. Ein dem Bauvolumen entsprechender, grosszügiger Freiraum mit Bäumen bilde eine lebendige und bereichernde Begegnungszone für die rund 2200 Studierenden und 500 Mitarbeitenden des Campus Muttenz, aber auch für die direkte Nachbarschaft im Polyfeld sowie für die Bevölkerung der Standortgemeinde.

Im Neubau untergebracht werden sollen die Hochschulen für Architektur, Bau und Geomatik, Life Science, Soziale Arbeit, die Hochschule für Soziale Arbeit sowie der Trinationale Lehrgang Mechatronik. Im Gegenzug können Räume an diversen Aussenstandorten in Liestal, Muttenz und in Basel geschlossen werden. Den Projektierungskredit in der Höhe von 32,5 Mio. Franken hat der Landrat im Mai 2010 bewilligt. Gegenwärtig ist die Projektierung in Gang. Der Bau soll von 2013 bis 2016 realisiert und im Frühling 2017 bezogen werden können. Über den Baukredit wird das Baselparlament befinden, wenn das Ausführungsprojekt vorliegt.



Der Entwurf für den Muttenzer Campus.

BILD ZVG

AUS- UND WEITERBILDUNG – Betriebsökonomiestudentinnen und -studenten der FHNW suchen regionale Unternehmen als Partner für praxisorientierte Bachelor-Arbeiten.

Ein Projekt mit zwei Gewinnern

Im Rahmen ihrer Projektarbeit oder Bachelor Thesis (Abschlussarbeit) befassen sich Studierende der Hochschule für Wirtschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz in Basel mit aktuellen Ideen und Fragestellungen von Unternehmungen und Organisationen aus der Region. An praxisorientierten Lösungen interessierte Firmen sind aufgerufen, ihre Problemstellungen der FHNW einzureichen.

Beispiel: Social Media

Das Thema «Social Media» ist heute in aller Munde. Viele Entscheidungsträger in Unternehmen sind dennoch unschlüssig, ob sie auf die Nutzung solcher Mittel setzen sollen. Aus dieser Problemstellung heraus wurde im letzten Jahr an der Hochschule für Wirtschaft der FHNW eine Bachelor-Arbeit unter dem Titel «Social Media – Engagement von Energieversorgungsunternehmen» erarbeitet.

Zwei Studierende haben dabei für ein Energieversorgungsunternehmen der Region das Potenzial von Social-Media-Plattformen für die Pflege von Kundenbeziehungen untersucht. Dazu wurden die eingesetzten Social-Media-Instrumente anderer Unternehmen in der Branche untersucht und die Inhalte, die Resonanz bei den Kunden und der Aufwand für die Pflege eruiert. Das Unternehmen kennt nun die Erfolgsfaktoren von Social-Media-Engagements, die in die Nutzung solcher Instrumente einfließen, und weiss, auf welchen Plattformen und in welcher Form eine Teilnahme sinnvoll sein kann. Schliesslich wurden auch konkrete Ideen für die Umsetzung generiert.

Beispiel: Controlling-System

Unter dem Titel «Konzeption eines Controlling-Systems zur internen Optimierung der Finanzen» hat ein weiteres Studierenden-Team für ein Jungunternehmen im Dienstleistungssektor ein Konzept zur Anpassung und Optimierung des Rechnungswesens erstellt. Besonders für



Unternehmen in der Region liefern Ideen und Problemstellungen, Studierende der Hochschule für Wirtschaft lösen diese praxisorientiert.

BILD ZVG

Start-up-Unternehmen ist es wichtig, stets über eine gute Rentabilität und eine stabile finanzielle Lage zu verfügen und Bescheid zu wissen. Für die Analyse der Finanzbuchhaltung und der Prozesse wurde zuerst der Ist-Zustand der Geschäftsprozesse erfasst. Dazu wurden Gespräche mit der Geschäftsleitung sowie den Leitern der verschiedenen Dienstleistungsbereiche geführt und das bestehende ERP-System (Intranet) untersucht. Aus dieser umfassenden Analyse wurden Optimierungsmassnahmen

und die damit verknüpfte Konzeption abgeleitet, die es ermöglichen, die Rentabilität der Unternehmen – aufgliedert in die Dienstleistungsbereiche – zu überblicken. Kurzum, eine bessere operative Steuerung des Unternehmens wurde Realität.

Auftraggeber zufrieden

Oftmals fehlt es in Unternehmen und Organisationen an personellen und finanziellen Ressourcen, um einer Fragestellung umfassend nachzuge-

hen. Hier bieten die Betriebsökonomie-Studierenden der Hochschule für Wirtschaft Hand. Firmen können aktuelles Wissen zur Bearbeitung einer Idee oder Fragestellung nutzen. Die Abschlussarbeiten entstehen in enger Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Auftraggebern.

Laut der Auftraggeberschaftsbefragung 2011 der FHNW waren fast ausnahmslos alle auftraggebenden Unternehmen und Organisationen mit den Ergebnissen der letzten Arbeiten zufrieden und empfahlen die Arbeit mit den angehenden Betriebsökonominnen und -ökonomnen weiter. Speziell kleine und mittlere Unternehmen äusserten sich sehr positiv über den Nutzen der Ergebnisse.

Projekt jetzt einreichen

Ab sofort können für das aktuelle Studienjahr Themen für Abschlussarbeiten Studierender der Betriebsökonomie eingereicht werden. Die Projekte werden jeweils von einem oder zwei Studierenden bearbeitet. Die Studierenden beschäftigen sich ab Ende Februar mit der Themensuche und arbeiten von April bis Mitte August an ihrer Abschlussarbeit. Für die Bachelor Thesis ist eine Arbeitsleistung von etwa 270 Stunden pro Student/in vorgesehen, und die Gebühr für die Auftraggeberschaft beläuft sich auf 900 Franken pro Arbeit. Die FHNW und die Studierenden freuen sich auf interessante Fragestellungen von Unternehmen und Organisationen aus der Region! Auskünfte zu Bachelor Thesis: Pascal Rüttimann, pascal.ruettimann@fhnw.ch; Tel. 061 279 17 69. Auskünfte zu Projektarbeiten: Christian Tanner, christian.tanner@fhnw.ch; Tel. 061 279 17 97.

LINK

Weitere Auskünfte und Eingaben von Projektideen unter: www.fhnw.ch/wirtschaft/praxisarbeiten

FORTSETZUNG VON SEITE 4

■ Konzeptioniert werden die Bachelor- und Masterstudiengänge von uns, Bewilligungsinstanz ist einerseits das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, zusätzlich müssen die Lehrgänge von einem international besetzten Gremium akkreditiert werden. Das EVD wünscht explizit eine Differenzierung der Angebote, und es hat auch schon Studiengängen, die anderen zu ähnlich waren, die Bewilligung verwehrt.

Wie sieht die Entwicklungsstrategie der FHNW aus?

■ Im Bereich Pädagogik haben wir von den Trägern einen klaren Wachstumsauftrag. Im Bereich Technik/Wirtschaft versuchen wir mit attraktiven neuen Angeboten auf den Markt zu gehen. Sehr gut gestartet ist zum Beispiel im vergangenen Herbst unser neuer Studiengang Umwelt- und Energietechnik. Wir versuchen die Wünsche der Wirtschaft aufzunehmen und mit attraktiven Angeboten auf den Markt zu gehen. Im Bereich Technik werden wir ab kommendem Herbst verstärkt berufs begleitende Lehrgänge anbieten. Es ist ein Bedürfnis der Wirtschaft, dass gute Arbeitskräfte im Wertschöpfungsprozess bleiben und gleichzeitig eine höhere Bildung erwerben kön-

nen. Wir haben interessante, pfiffige Angebote, die uns erlauben, Stück für Stück weiterzukommen.

Aber eine erweiterte Angebotspalette wird doch für weiteres Kostenwachstum sorgen?

■ Bedingt. Für das Angebot steht nicht signifikant mehr Geld zur Verfügung. Der Leistungsauftrag 2012 bis 2014 sieht lediglich ein moderates Wachstum vor. Die Kostentreiber heissen Gehälter und Mieten: Die Personalkosten machen 70 Prozent unserer Ausgaben aus. Schon eine bescheidene Lohnrunde – die sich übrigens im Rahmen des gewährten Erfahrungsstufenanstiegs in Baselland bewegt findet einen entsprechenden Niederschlag im Globalbudget. Was die Mieten angeht, so freue ich mich, dass die Kantone beschlossen haben, vier Campusse zu realisieren. Im Gegenzug werden rund 100 Mietverhältnisse gekündigt. Die Kehrseite: Die neuen Vermieter, die Kantone, haben eine Rendite von 6 Prozent ausgehandelt – das ist auf eine Mietdauer von 30 Jahren gesehen ein stattlicher Ertrag. Daraus ergibt sich die Situation, dass die Bildungsdirektionen der Kantone der FHNW Geld geben, das die Baudirektionen der Kantone als Bauherren wieder eintreiben. Mit dem erhöhten Globalbudget 2012 bis 2014 haben wir also Folgendes verlangt: Geld fürs

Erbringen des Leistungsumfangs mit einem bescheidenen Angebotsausbau, Geld für Raum, Geld für Personal. Wir machen daraus das Beste, und wir versuchen möglichst viele talentierte Studierende an die FHNW zu holen und die Studienplätze zu füllen.

«BIS JETZT GIBT ES VON UNSERER VORGESETZTEN BEHÖRDE NOCH KEINEN SPARAUFTRAG. WIR HABEN BISHER AUCH NICHTS UNTERNOMMEN.»

Sie haben die Lohnkosten erwähnt: Während der Landratsdebatte wurde die Kritik an der FHNW laut, dass sie mit Professorinnen um sich werfe. Die Dozentinnen und Dozenten würden zu rasch zu hoch entlohnt.

■ Darüber, wie die Ernennung von Professoren vor dem Zusammenschluss zur FHNW gehandhabt worden ist, kann ich mich nicht äussern. Es geht um Besitzstand; niemandem wurde ein Titel aberkannt. Heute haben wir für Professoren einen extrem seriösen und hochwertigen Evaluationsprozess. Die Professorengehälter sind gut, jedoch im nationalen Vergleich moderat.

Wer macht aus Dozenten Professoren?

■ Beantragt wird die Stelle vom entsprechenden Direktor resp. Direktorin, eine Evaluationskommission u.a. mit externen Fachpersonen prüft die Bewerbungen und stellt einen Wahlantrag, die Ernennung erfolgt durch mich. Ich habe übrigens beschlossen, dass jede Professur öffentlich ausgeschrieben wird. Es können sich ebenso Externe wie Mitarbeitende der FHNW um die Professorenstellen bewerben.

Von wie vielen neuen Professuren im Jahr reden wir?

■ Um die 50. Die grosse Zahl relativiert sich beim Blick auf rund 1229 Dozierende (766 Stellen) schon bezüglich der ordentlichen Pensionierungen.

Den Gürtel spürbar enger zu schnallen wäre demnach an einen Leistungsabbau gekoppelt. Wer müsste entscheiden, dass beispielsweise die Bereiche Kunst, Musik oder Psychologie halbiert werden?

■ Das wäre Sache der Politik. Die Regierungen und Parlamente der Partnerkantone, wobei alle Kantone für eine Anpassung des Leistungsauftrags zum selben Entschluss kommen müssten.

Aufgezeichnet von ch.

GLOBALBUDGET

Das will der Landrat

Die vier Trägerkantone der FHNW müssen für die Beitragsperiode 2012 bis 2014 insgesamt 675 Mio. Franken berappen. Das sind 80 Mio. mehr als für die Jahre 2009 bis 2011. Der Anteil des Kantons Baselland beträgt 187 Mio. (plus 30 Mio.) Franken. In der ersten Beratung hat der Landrat das Globalbudget noch knapp abgelehnt und die Vorlage an die Regierung zurückgewiesen. In einer zweiten Beratung sagte er ja zum FHNW-Globalbudget – unter folgender Bedingung: Der Regierungsrat hat binnen Jahresfrist eine zusammen mit der FHNW-Leitung erarbeitete Strategie zum Bremsen des starken Kostenanstiegs in den Bereichen Dozenten-Saläre und Verwaltungs-, Administrations- und Informatikkosten vorzulegen. Weiter sollen die heutige Struktur und die fachliche Ausrichtung der FHNW kritisch auf (teure) Doppelspurigkeiten zwischen Fachhochschulen und Universitäten überprüft werden und dem Landrat – ebenfalls innert Jahresfrist – Bericht erstattet werden. Falls solche Doppelspurigkeiten erkannt werden, wird eine Strategie zu deren Beseitigung ebendieser präsentiert. ch.

BELASTETE STANDORTE – Deutlich weniger Grundstücke im Altlastenkataster als vor Jahresfrist.

Die Last mit den Altlasten

Mit dem Inkrafttreten der Schweizerischen Altlastenverordnung im Jahr 1998 fiel der Startschuss zu einer systematischen, flächendeckenden Untersuchung und Bewertung von Grundstücken, die im Verdacht stehen, mit Schadstoffen belastet zu sein. Die Gesetzgebung, welche in einem ersten Schritt die Erfassung von belasteten Standorten in einem zentralen Kataster vorsieht (Ablauf siehe Grafik unten rechts), basiert im Wesentlichen mit dem Ziel, Gefahren, welche durch eine Schadstoffbelastung entstehen, langfristig und nachhaltig zu beseitigen. Die zentrale Erfassung in einem Kataster und die anschliessende erste Bewertung sollte es den zuständigen Behörden erlauben, Altlasten mit einem grossen Gefahrenpotenzial zu erkennen und mit entsprechender Priorität zu behandeln.

Startschwierigkeiten

Das Ziel, die Gesamtheit der belasteten Standorte in der Schweiz zu erfassen und zu bewerten, brachte auf Seiten der Behörden erwartungsgemäss einen immensen Initialaufwand mit sich. Die kantonalen Umweltämter mussten ihre Ressourcen entsprechend aufstocken und die Umsetzung der Gesetzgebung erfolgte in einigen Kantonen der Schweiz – so auch in Baselland – mit einiger Verzögerung. Die ersten Resultate dieser Anstrengungen: Rund 50'000 Standorte in der Schweiz fielen unter den Verdacht, mit Schadstoffen belastet zu sein. Auf den Kanton Baselland fielen nach Abschluss der Katastererstellung



Altlastenkataster Liestal und Umgebung: Standorte in Abklärung sind gelb markiert, belastete Standorte rot.

BILD ZVG

lung rund 3000 verdächtige Standorte, die näher untersucht werden sollten. Die betroffenen Standortinhaber sahen – nicht ganz unbegründet – eine gewaltige Bürokratie- und Kostenlawine auf sich zukommen.

Konsolidierung

Die hohe Anzahl betroffener Standorte im Kanton Baselland war mitunter Folge einer sehr engmaschigen Suche der Behörden nach entsprechenden Verdachtsmomenten. So haben sich nach ersten Abklärungen und Rückmeldungen knapp die Hälfte aller Verdachtsmomente nicht bestätigt und die Zahl der betroffenen Grundstücke reduzierte sich auf rund 1800 Fälle.

Für die betroffenen Grundstückbesitzer war dieser Rückgang jedoch nur ein schwacher Trost. Es blieb und bleibt noch an ihnen, den von den Behörden ausgesprochenen Verdachtsmoment zu widerlegen. Hohe Kosten und die oftmals komplexen Rechtsgrundlagen stellen die Betroffenen auch heute noch vor grosse Probleme. Von Seiten der Wirtschaftskammer wurde das anfänglich sehr strenge Vorgehen der Behörden mehrmals scharf verurteilt. Dass KMU-Besitzer und Hauseigentümer auf Grund eines nicht immer nach-

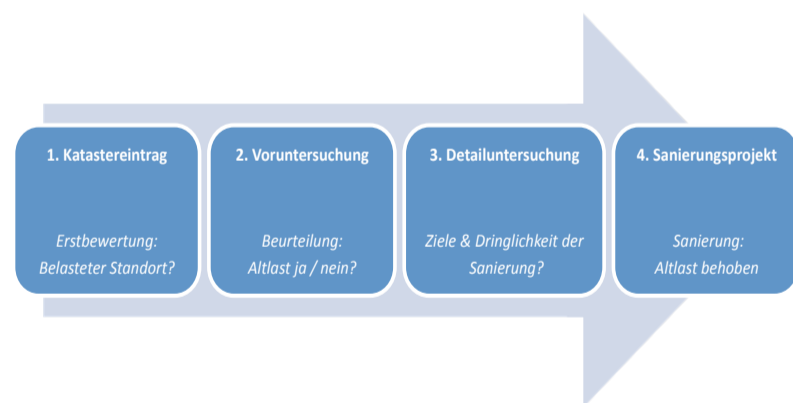
vollziehbaren Verdachtsmoments den Unschuldsbeweis anzutreten haben, wiegt für die Betroffenen nach wie vor schwer und führt in den meisten Fällen zu hohen, tatsächlichen Belastungen finanzieller Natur. Die Wirtschaftskammer appellierte mit Nachdruck denn auch an die Adresse der Behörden, bei der Ansetzung des Kataster-Rotstifts gesunden Menschenverstand walten zu lassen und den Ablauf der Abklärungen so pragmatisch wie möglich zu halten.

Pragmatismus gefordert

Die Kritik der Wirtschaftskammer, flankiert von dem Umstand, dass die Kosten von Abklärungen bei einem

nicht erhärteten Verdachtsmoment auf den Kanton zurückfallen, hat seine Wirkung nicht verfehlt. Die Anzahl der im Kataster eingetragenen Grundstücke hat sich zu Ende des letzten Jahres weiter deutlich reduziert. Aktuell sind noch rund 1400 Standorte eingetragen, von denen noch 400 Einträge abschliessend überprüft werden müssen. Die Wirtschaftskammer wertet diesen Rückgang als starkes Zeichen, dass ihre Aufforderung zu mehr Pragmatismus und gesundem Menschenverstand angekommen ist und die Behörden ihren Handlungsspielraum in der Zwischenzeit besser interpretieren.

SKü



Die Prozessschritte der Altlastenverordnung.

GRAFIK SKÜ

OSEC-EXPORTINDIKATOR

Stabilisierung auf tiefem Niveau

Die Exportstimmung unter den Schweizer KMU hat sich im Quartalsverlauf kaum verändert. Positive Faktoren wie die durch die SNB festgelegte Franken-Untergrenze zum Euro sowie die Stützungsmaßnahmen für die verschuldeten Euro-Staaten auf der einen Seite und eine hohe Unsicherheit bezüglich der weltweiten Konjunktorentwicklung auf der anderen Seite halten sich die Waage. Als Konsequenz haben sich die Indices des KMU-Exportindikators der Credit Suisse und der Osec auf tiefem Niveau stabilisiert.

Das Exportbarometer der Credit Suisse, das die ausländische Nachfrage nach Schweizer Produkten abbildet, notiert per 1. Quartal 2012 auf einem Stand von -0,63. Es liegt somit nochmals tiefer als im 4. Quartal 2011, aber noch immer über der Wachstumsschwelle von -1. Am aktuellen Datenrand ist zudem ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Ob dies bereits als Trendwende der internationalen Konjunktur- und damit der Exportaussichten interpretiert werden darf, wird die Entwicklung in den nächsten Monaten zeigen.

Die KMU-Exportperspektiven der Osec zeigen nach wie vor eine stagnierende Exportstimmung: Aktuell wird ein Wert von 49,5 Punkten erreicht (Vorquartal: 49,7 Punkte). Werte unter 50 signalisieren einen Rückgang der Exporte. Nach dem kontinuierlichen Rückgang im Jahresverlauf 2011 von 70,6 im 1. Quartal auf unter 50 im 4. Quartal hat sich der Indexwert nun auf diesem tiefen Niveau stabilisiert. Fürs kommende Quartal erwarten 30 Prozent (32 Prozent) der befragten Schweizer KMU einen Exportzuwachs. Vor Jahresfrist waren noch 58% der KMU optimistisch gewesen.

Chemie unterdurchschnittlich

Gemäss CS-Exportbarometer werden für die Metallindustrie sowie die Elektronik- und Präzisionsinstrumente leicht überdurchschnittliche Exportaussichten vorausgesagt. Leicht unterdurchschnittliche Exportaussichten bestehen für die



Papierindustrie und die chemische Industrie. Deutlichere Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren ergeben sich aus den KMU-Exportperspektiven der Osec: Während die Papierindustrie, die Präzisionsindustrie und der Dienstleistungssektor immer noch ein teils solides Exportwachstum erwarten, gehen die Unternehmen der übrigen Branchen von rückläufigen Ausfuhren aus. Besonders negativ ist die Stimmung weiterhin im Sektor Elektrotechnik. Ebenfalls deutlich pessimistisch sind die KMU in der Maschinenbaubranche. Jene KMU, die von rückläufigen Ausfuhren ausgehen, schreiben dies klar dem konjunkturellen Abschwung zu: 65% nennen diesen Faktor, gegenüber 53% im Vorquartal und nur 22% vor Jahresfrist.

Laut Exportbarometer sind Wachstumsimpulse zurzeit vor allem aus den USA sowie einigen Schwellenländern wie Indien oder der Türkei zu erwarten. Für Europa ist weiterhin mit einer nur schwachen Exportentwicklung respektive einer Stagnation zu rechnen. Ungeachtet von Frankenstärke und Eurokrise bleibt Europa die bei weitem bedeutendste Absatzregion für Schweizer Ausfuhren. 90% der durch die Osec befragten Schweizer KMU beabsichtigen, in den kommenden sechs Monaten nach Europa zu exportieren, gegenüber 91% im Vorquartal und erst 77% vor Jahresfrist.

Sorgenkind Frankenstärke

70% der befragten Unternehmen erwarten, dass sich ihr Exportwachstum als Folge des starken Schweizer Frankens verlangsamen wird. Im Vorquartal waren es 73%, vor Jahresfrist hingegen erst 58%. Insbesondere die Branchen Maschinenbau, Metallindustrie und Konsumgüter sind von der Wechselkursentwicklung stark betroffen. Verhältnismässig resistent zeigt sich der Dienstleistungssektor.

LINK
www.osec.ch/exportindikator

BITTE MELDEN!

Ihre Erfahrung interessiert uns

Wird Ihr Betriebsstandort oder Ihr Privatgrundstück altlastenrechtlich untersucht? Was sind Ihre Erfahrungen mit der Altlastenverordnung und deren Umsetzung von Seiten der Behörden? Ihre Meinungen und Erfahrungswerte interessieren uns! Melden Sie sich bei der Wirtschaftskammer (Telefon: 061 927 64 64; E-Mail: info@kmu.org). Bei Bedarf vermitteln wir Sie gerne an entsprechende Experten.



Wir fordern Nachwuchs!

Ja dann fördern wir ihn doch. Gemeinsam

Kräftige Branchen brauchen Berufsnachwuchs mit Lust auf mehr. Wir fördern ihn mit Berufsschauen, Lehrstellenförderung, Lehrbetriebsverbund ... Damit die Berufstalente hinkommen, wo sie hingehören: Zu unseren Mitgliedern.

WIRTSCHAFTSKAMMER
BASELLAND

Haus der Wirtschaft

Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für KMU aus Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie

www.kmu.org

Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal – Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

BASELSTADT

ELBA: Die Konzepte nehmen Gestalt an

Im Rahmen des Planungsprojektes ELBA entstehen zurzeit drei verschiedene Vorstellungen, wie die Entwicklung für den Raum Leimental-Birseck-Allschwil bis 2050 aussehen könnte. Mitte Januar präsentierten die drei Planungsteams dem Begleitgremium mit Vertretern aus Gemeinden, Verbänden und weiteren Organisationen erste Zwischenergebnisse der aktuellen Testplanungsphase. Die drei Teams waren im vergangenen Herbst ausgewählt worden, um ihre Resultate aus der vorangegangenen Phase «Studienauftrag» zu vertiefen.

Eine Planungsequipe verfolgt den Ansatz, das erwartete Wachstum mit zahlreichen lokalen Einzelmassnahmen aufzunehmen. Dazu gehören einzelne neue Strassenverbindungen und Tunnel ebenso wie örtliche Tramverlängerungen und eine Tieferlegung des Trams im Birsigtal. Ein weiteres Planungsteam betrachtet im Hinblick auf die erwartete Siedlungsentwicklung mögliche Lagen einer neuen Strasse als tangentielle Verbindung zwischen den Tälern und Entwicklungsschwerpunkten. Dabei werden insgesamt sechs verschiedene Varianten in unterschiedlicher Lage untersucht. Die dritte Planungsequipe beabsichtigt, die Zuwächse im bestehenden Siedlungsraum und mit den bestehenden Verkehrsnetzen aufzunehmen. Dazu sind bauliche Verdichtungen und Umgestaltungen diverser Strassenräume hin zu mehr städtischem Charakter erforderlich. Ein wesentliches Element des Vorschlags sind schnelle und direkte tangentielle Buslinien.

Weitere Präsentation im Juni

Das Beurteilungsgremium hat die zahlreichen Hinweise zu den drei Konzepten aufgegriffen, die zuvor vom Begleitgremium zusammen getragen worden waren. Gemeinsam mit den Teams wurden die Schwerpunkte der weiteren Bearbeitung festgelegt. Die politische Projektsteuerung hat das weitere Vorgehen zustimmend zur Kenntnis genommen. In den kommenden Monaten werden die Bearbeitungsschritte nun umgesetzt. Es ist vorgesehen, die abgeschlossenen Arbeiten im Juni der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Das Projekt ELBA wird gemeinsam mit den Nachbarkantonen Basel-Stadt und Solothurn sowie mit französischen Partnern durchgeführt. Es hat zum Ziel, eine Vorstellung für die Entwicklung des Raums in den nächsten 20 bis 40 Jahren zu entwerfen. Ausgehend von Prognosen zur Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung werden die Möglichkeiten ausgelotet, wie sich die Region zukünftig entwickeln könnte. Zwei Alternativen, dargestellt in Form von Richtplananpassungen und weiteren Beschlüssen, sollen 2014 dem Baselbieter Landrat zum Entscheid unterbreitet werden.

LINK

www.elba.bl.ch

BERUFSMATUR – Kantone Baselland und Basel-Stadt lancieren gemeinsam mit regionalen Wirtschaftsverbänden die Imagekampagne «Berufslehre plus Berufsmatur».

Die Wirtschaft braucht mehr hoch qualifizierte Fachkräfte



Wirtschaft und Politik Hand in Hand: Christoph Buser, Urs Wüthrich, Christoph Eymann, Peter Malama und Franz Saladin (v.l.) starteten die auf zwei Jahre ausgelegte Imagekampagne «Berufslehre plus Berufsmatur». Die Kampagne soll die Berufsmatur-Quote erhöhen. BILD ZVG

Die beiden Basel führen zusammen mit der Wirtschaftskammer Baselland, dem Gewerbeverband Basel-Stadt und der Handelskammer beider Basel unter dem Titel «Berufslehre plus Berufsmatur» eine zweijährige Imagekampagne durch. Damit sollen mehr Jugendliche für eine Berufslehre mit Berufsmatur, die einen weiterführenden Studiengang an einer Fachhochschule ermöglicht, motiviert werden. Die Wirtschaft erhofft sich dadurch mehr hoch qualifizierte Fachkräfte.

Die Berufsbildungsbehörden und die Wirtschaftsverbände beider Basel ziehen an einem Strick. Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartements Basel-Stadt, Urs Wüthrich, Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Baselland, Christoph Buser, designierter Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, Peter Malama, Direktor des Gewerbeverbands Basel-Stadt, und Franz Saladin, Direktor der Handelskammer beider Basel, lancierten Anfang Woche eine Kampagne zur Förderung der Berufsmatur in Kombination mit der Berufslehre.

Die Absicht ist klar: Die Wirtschaft ist auf mehr hoch qualifizierte Fachkräfte angewiesen, die ihr Metier von Grund auf kennen und eine vielversprechende Karriere ins Auge fassen. Eine Berufslehre in Kombination mit der Berufsmaturität ist das solide Fundament für alle lernbegierigen Jugendlichen, die Praxis und Theorie verbinden wollen und zur Erreichung ihrer Berufsziele ein Fachhochschulstudium anstreben.

Win-win-Situation

«Den Fachkräftemangel zu beklagen, nützt nichts», sagte Christoph Eymann. Abhilfe brächten neue Ausbildungsplätze für Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden.» Der etwas höheren Investition – die Lernenden mit Berufsmatur absolvieren ein grösseres Pensum in der Schule als die anderen – stünden die hohe Motivation, eine grössere Flexibilität und Leistungsbereitschaft sowie eine ausgeprägte Selbstständigkeit der Lernenden gegenüber. Davon profitiere der Lehrbetrieb.

Für den Baselbieter Bildungsdirektor hat der Wirtschaftsraum Basel als

Ganzes ein Problem: «Wir fördern zu wenige schulisch starke Jugendliche über den Berufsbildungsweg.» Der Fachkräftemangel zeichne sich speziell in Berufen ab, wo hohe Anforderungen bezüglich Schulbildung, Kreativität, Flexibilität und ständiger Lernbereitschaft bestünden. Für Wüthrich stehen dabei Berufsfelder wie Informatik, Life Sciences, Gesundheit, Elektronik, Architektur und Ingenieurwesen im Vordergrund. Doch es betreffe auch gewerbliche Berufe, in denen später Verantwortung und Kompetenz für die Führung von Betrieben und Unternehmen gefragt sei. Für die beiden Bildungschefs kann die Rekrutierung dieser Fachkräfte im Ausland nicht die Lösung des Problems sein.

Aufwertung der Berufslehre

Für Christoph Buser stellt das duale Berufsbildungssystem mit der bewährten praxisorientierten Ausbildung nach wie vor ein Erfolgsmodell dar. «Doch die übliche Grundausbildung reicht in verschiedenen Bereichen nicht mehr aus. Das heisst, die höhere Berufsbildung nimmt einen

immer wichtigeren Stellenwert ein und gewinnt rasant an Bedeutung. Wir müssen deshalb eine kluge, aber vor allem wirtschaftstaugliche Verbindung von Berufspraxis und Theorie herstellen», stellte Buser fest. Die Berufsmatur stelle für die Wirtschaftskammer auch eine wichtige Weichenstellung dar, damit die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung tatsächlich anerkannt und praktiziert werde. Eine Berufsmaturitätsquote von Basel-Stadt und Basel-Landschaft über den schweizerischen Durchschnittswert haben die beiden Bildungsdirektoren als Ziel der Berufsmatur-Kampagne fixiert. Geworben wird dafür mit Plakaten, Inseraten und anderen Werbemitteln sowie mit zahlreichen Anlässen bei Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Unternehmen für die Berufsmatur. Alle Informationen zu den verschiedenen Angeboten sind zu finden auf der Berufsmatur-Homepage. MWB

LINK

www.berufsmaturbb.ch

RATGEBER STEUERN – Steuerliche Entlastungen bei der Bundessteuer für Ehepaare und Familien ab Steuerjahr 2011.

Abzug für Kinderdrittbetreuung auch bei Bundessteuer

Die gesellschaftliche Veränderung, nämlich die zunehmende Erwerbstätigkeit beider Ehegatten auch nach der Heirat, hat in den vergangenen Jahren zu Diskussionen rund um die Ehepaar- und Familienbesteuerung geführt. Die im Volksmund sogenannte «Heiratsstrafe» ist nicht im Sinne der Gleichberechtigung von Mann und Frau und führt zu einer ungerechtfertigten Erhöhung der Steuerlast von Doppelverdienerhepaaren gegenüber Konkubinatspartnern, deren beide Partner ebenfalls erwerbstätig sind.

Die schweizerischen Einkommens- und Vermögenssteuergesetze basieren für Ehepaare mit oder ohne Kinder auf dem Grundsatz der Familienbesteuerung. Ausgehend von einer «klassischen» Familie werden die Einkommens- und Vermögenswerte zusammengezählt und die Steuer auf dem Gesamteinkommen bzw. Gesamtver-

mögen berechnet, während Konkubinatspartner stets der Individualbesteuerung unterliegen. Infolge der progressiven Ausgestaltung der Steuertarife fällt demzufolge die Steuerbelastung für Doppelverdienerhepaare unverhältnismässig hoch aus.

Mit dem Bundesgerichtsentscheid vom 13. April 1984 («Entscheid Hegttschweiler») wurde neu Stellung zur Gleichbehandlung bei der Familienbesteuerung bezogen: Die Zusammenveranlagung von Ehepaaren soll weiterhin Anwendung finden, jedoch muss Rücksicht auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Ehe- und Familienlebens genommen werden.

Bis dahin konnte man in einem Grossteil der Kantone die Umsetzung dieses Grundsatzes feststellen. Zum Beispiel können Abzüge für verheiratete Ehegatten bzw. Doppelverdienerhepaare sowie für Kinder vorgenommen werden. Des Weiteren wird

mit dem sogenannten Splittingverfahren (Teil- oder Vollsplitting) dem Steuertarif ein geringeres Einkommen als das zusammengezählte Familieneinkommen zugrunde gelegt.

Drei Tarife

Auf Bundesebene treten ab dem Steuerjahr 2011 (also mit dem Ausfüllen der Steuererklärung in diesem Frühjahr) Neuerungen in Kraft, die eine steuerliche Entlastung von Ehepaaren, eingetragenen Partnerschaften und Familien mit Kindern vorsehen. Neu liegen dem Recht der direkten Bundessteuer die drei nachfolgenden Tarife zugrunde:

■ Grundtarif: Dieser Tarif gilt als Aufgangtarif für alle steuerpflichtigen Personen, die nicht die Voraussetzungen eines anderen Tarifes erfüllen (z.B. ledige oder verwitwete Alleinstehende, Konkubinatspaare ohne Kinder).

■ Verheiratetentarif: Dieser Tarif gilt für Verheiratete und Personen in eingetragener Partnerschaft, die nicht mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen zusammenleben.

■ Elterntarif: Dieser Tarif gilt für Personen, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen zusammenleben und deren Unterhalt sie hauptsächlich bestreiten. Der Elterntarif basiert auf dem Verheiratetentarif, sieht aber einen Abzug von 250 Franken pro Kind oder unterstützungsbedürftige Person vom Steuerbetrag vor.

Abzug für Kinderdrittbetreuung

Wie bereits in den meisten Kantonen kann auf Bundesebene ab dem Steuerjahr 2011 ein Abzug für Kinderdrittbetreuungskosten geltend gemacht werden. Der Abzug beträgt höchstens 10 000 Franken und wird nur gewährt, wenn die Drittbetreuung mit der Er-



Von Gilbert Hammel, Präsident Liga der Baselbieter Steuerzahler.

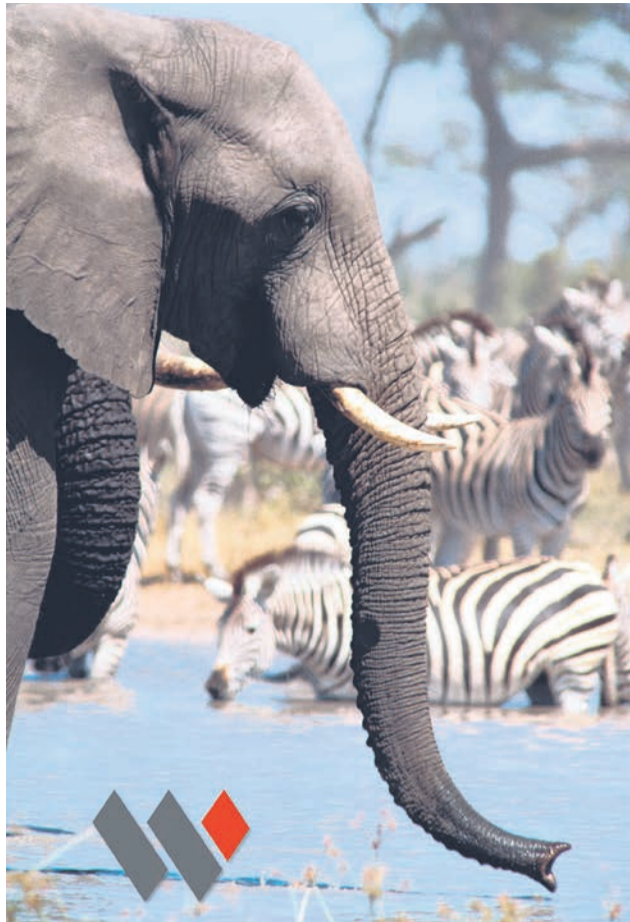
werbstätigkeit (oder Ausbildung/Erwerbsunfähigkeit) der Eltern begründet ist und die Auslagen belegt werden können. Zudem wird die hälftige Aufteilung des Sozialabzuges für Kinder bei getrennten Eltern möglich. Mit diesen Neuerungen wird der heutigen Lebensweise vieler Familien mit Kindern Rechnung getragen und ein möglicher Wiedereinstieg in das Berufsleben wird für Mütter attraktiver.

Sprachkurse

individuell, lebendig,
zertifiziert

www.benedict-basel.ch

Bénédict-Schule, Steinenberg 19, 4051 Basel
Tel. +41 61 284 96 86, info@benedict-basel.ch



Treffpunkt Quelle.

Wir sind Ihr Pool für die Kontakte.

Was Sie brauchen, sind Beziehungen. Unser Pool ist Ihre Quelle. In unserem Netzwerk laufen die Fäden von Profis, Behörden, Unternehmen und Politikern zusammen. Unsere Mitglieder sind vernetzt und informiert. Fädeln Sie ein, die andern tun es auch.

**WIRTSCHAFTSKAMMER
BASELSTADT**

Haus der Wirtschaft
Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für KMU
aus Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie
Altmarktstrasse 96 Tel. 061 927 64 64
CH-4110 Liestal Fax 061 927 65 50

www.kmu.org

NÜTZLICHE ADRESSEN

Abfall-Entsorgung

061 Brunner Mulden GmbH
411 03 33 Pumpwerkstr. 39, 4142 Münchenstein
www.brunner-mulden.ch

061 Entsorgungcenter Birsfelden AG
313 48 24 Langenhagstrasse 50, 4127 Birsfelden
www.ecb-ag.ch

061 REWAG Recycling & Entsorgung,
816 99 70 Rinaustrasse 633, 4303 Kaiseraugst,
www.rewag-entsorgung.ch

Arbeitshebebühnen

0800 WS-Skyworker AG
813 813 Arbeitsbühnen-Vermietung
www.ws-skyworker.ch

Bauexperten

061 Ehram & Partner AG, Pratteln
826 95 00 Für alle Probleme am Bau!
www.ehram-partner.ch

Baugeschäfte

061 Straumann-Hipp AG Regional,
311 38 60 Hardmattstrasse 9, 4133 Pratteln
www.sth.ch

Beratungen

061 adlatus: ehem. Führungskräfte
481 24 59 unterstützen & begleiten KMU's
www.adlatus.ch amstadt@adlatus.ch

Berufliche Vorsorge (BVG)

044 ASGA Pensionskasse, Zweigstelle:
317 60 50 Schaffhauserstrasse 358
8050 Zürich www.asga.ch

Bodenbeläge

061 Glatt & Vettiger AG
921 94 37 Oristalstrasse 87, 4410 Liestal
www.glattvettiger.ch

Brandschutz

061 Willy Schneider AG Lausen
926 77 20 Brandschutz
Industriestrasse 12, 4415 Lausen
www.ws-olten.ch

Briefkästen

061 Fünfschilling AG Metallbau
426 91 41 Hauptstrasse 20, 4102 Binningen
www.fuenfschilling.ch

Buchführungen & Verwaltungen

061 ContoPronto GmbH
723 00 20 Schanzgasse 15, 4107 Ettingen
contoпрonto@bluewin.ch

Buchhaltung & Verwaltungen

061 Unishop AG
205 44 51 Peter Merian Strasse 58, 4052 Basel
unishop@unishop.ch

Carrosserie & Fahrzeugbau

061 Gundeli-Carrosserie AG
711 44 35 Duggingerstrasse 18, 4153 Reinach
www.gundeliag.ch

061 HAUSER Carrosserie,
481 33 88 Binningerstrasse 99b,
4123 Allschwil

061 WENGER Carrosserie/Fahrzeugbau
686 99 00 Klingentalstrasse 77, 4057 Basel
www.carrosserie-wenger.ch

Detektivbüro

061 AfW Agentur für Wirtschafts-
281 41 10 ermittlungen / Polizeilich bzw. Privat-
Detektivbüro, Rümelinplatz 13,
4001 Basel www.afw.ch/info@afw.ch

Engineering & Procurement

061 Railfit GmbH Ingenieurbüro
311 78 09 Projektmanagement/Beratung/
Projekt- u. Bauleitung/Beschaffung/
Bahn und Verkehr/Hoch- und Tiefbau
railfit@intergga.ch

Events

061 Katz Music Event AG
712 08 08 Fiechtenweg 65, 4153 Reinach
www.katzmusic.ch

Fassaden

061 Marx AG
466 70 00 Herrenmattstrasse 25, 4132 Muttenz
www.marx.ag/info@marx.ag

Fenster

061 4B Fenster AG
717 27 27 Salinenstrasse 61, 4133 Pratteln
www.4b-fenster.ch

084 Aerni Fenster AG
811 55 66 Hauptstrasse 173, 4422 Arisdorf
www.aerni.com

061 Gerber-Vogt AG
487 00 00 Fenster- und Fassadenbau
www.gerbervogt.ch

061 MEVO-Fenster AG,
717 10 10 Chr. Merian-Ring 25, Reinach
www.mevo.ch

061 Schneider AG,
826 90 90 Meierhofweg 9,
4133 Pratteln

Flachdach

061 A + B Flachdach AG,
381 70 00 4102 Binningen/Basel
www.abflachdach.ch

061 Marx AG
466 70 00 Herrenmattstrasse 25, 4132 Muttenz
www.marx.ag/info@marx.ag

Fotoreportagen/Pressebilder

079 Heinz Dürrenberger, 4127 Birsfelden
371 52 90 Presse/PR/Reportagen/Internetbilder
hdu@bluewin.ch

Gebäudeservice/Reinigung

061 DLZ Schafroth GmbH
971 30 93 Hauswartung-Reinigung-Malerar-
beiten, 4452 Itingen
www.dlzschafroth.ch

061 Gottlieb AG
689 91 91 Gebäudeunterhalt, Facility-Services
Markgräflerstrasse 50, 4007 Basel
www.gottlieb.ch

Gipsergeschäfte

061 CANONICA + LOTTI AG,
375 95 15 Frenkendorf und Basel
www.canonicalotti.ch

061 STÖCKLI Gipser AG
827 96 66 4133 Pratteln, Cötzibodenweg 2
www.stoeckligipser.ch

Grafik/Werbung

061 individuell Identity Communication
911 11 44 Packaging, Benzburweg 30a,
4410 Liestal, www.individuell.ch

061 Newsign Grafik GmbH, Reinach BL
717 82 60 Logo-, Print- & Webdesign
www.newsign.ch

061 Grafik - massgeschneidert für KMU
927 65 25 Erwin Schönholzer, Grafik-Atelier,
Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal
info@esch.ch

061 typod AG, Baselstr. 8, 4153 Reinach
713 25 35 typografie, grafik, app- und webdesign
www.typod.ch

Haushaltgeräte

061 M. Wagner & Co AG
821 11 12 Schlosstrasse 21, 4133 Pratteln
www.wagnerhaushalt.ch

Immobilien

061 REMAX Commercial
855 98 71 Nordwestschweiz
patrick.kim@remax.ch

Informatik

061 CSF AG
467 99 33 Kompetenz in Informatiklösungen
IT-Outsourcing
www.csf.ch/info@csf.ch

061 ICSystems + Support AG
716 29 30 ... ihr kompetenter IT-Partner
www.icsystems.ch

061 offix
331 50 53 Professionelle und innovative
Intra- und Internetlösungen
Delsbergerallee 53, 4053 Basel
www.offix.ch

061 SOWACOM «Your all-in-one IT-Partner»
906 96 86 Güterstrasse 6, 4402 Frenkendorf
www.sowacom.ch

Integrationsfragen

061 Ausländerdienst Baselland
827 99 00 Bahnhofstrasse 16
4133 Pratteln
www.auslaenderdienstbl.ch

Internet/Webdesign

061 CS2 - Creative Solutions GmbH
333 22 22 Gerbergässlein 1
4450 Sissach
www.cs2.ch/info@cs2.ch

Isolierungen

061 Willy Schneider AG Lausen
926 77 20 Dämmtechnik Industriestrasse 12,
4415 Lausen www.ws-olten.ch

Kassensysteme und Kartenterminal

061 paul stoffel data ag
283 31 61 Marschalkenstr. 81, 4054 Basel
www.kassen-stoffel.ch

Kunststoffteile, technische

061 REAL-TECHNIK AG
816 96 66 4303 Kaiseraugst
iecag@realag.ch/www.realag.ch

Lampen/Leuchtmittel

061 Lampen-Shop AG
976 99 00 Hauptstrasse 16, 4450 Sissach
www.lampen-shop.ch

Lichtkuppeln

061 ISBA AG
761 33 44 Tageslichtsysteme, 4222 Zwingen
www.isba.ch

Logistik

061 Interfracht Logistik AG
378 18 18 4133 Pratteln
www.interfracht.ch

Maler-/Gipsergeschäft

061 Schweizer Söhne Malen Gipsen AG
381 83 15 Spalenring 14-16, 4055 Basel
Zweigstelle Birsfelden: Schützenstr. 2/4
malen@schweizersoehne.ch
www.schweizersoehne.ch

Motor-Gartengeräte

061 ERWIN NALDI
461 33 16 St. Jakobsstr. 13, 4132 Muttenz
www.honda.ch

Mulden-Transport

061 Waser Transport AG
313 14 14 Langenhagstrasse 50, 4127 Birsfelden
www.waser-mulden.ch

Patent- und Markenanwälte

061 BOHEST AG, ehemals
295 57 00 A. Braun Braun Héritier Eschmann AG
Holbeinstr. 36-38, 4003 Basel
www.bohest.ch/mail@bohest.ch

Patent- und Markenanwälte

061 Braunpat Braun Eder AG
307 90 30 Reussstrasse 22, 4054 Basel
info@braunpat.ch/www.braunpat.ch

Patent- und Markenschutz

061 AfW Agentur für Wirtschafts-
281 41 10 ermittlungen/Detektivbüro
Ermittlungen bei Verletzungen
des Patent- und Urheberrechts
Rümelinplatz 13, 4001 Basel
www.afw.ch/info@afw.ch

Parkettbeläge

061 Glatt & Vettiger AG
921 94 37 Oristalstrasse 87, 4410 Liestal
www.glattvettiger.ch

Qualifizierung/Kalibrierung/Validierung

061 Pharmatronic AG, 4133 Pratteln
826 97 26 www.pharmatronic.ch

Reinraumtechnik

061 Marx AG
466 70 00 Herrenmattstrasse 25, 4132 Muttenz
www.marx.ag/info@marx.ag

Schreinereien

061 Schneider AG,
826 90 90 Meierhofweg 9, 4133 Pratteln

Schriften & Reklame

061 Donelli Schriften, Basel
302 30 50 Grafik, Schrift und Gestaltung
donelli-schriften@bluewin.ch

Software-Entwicklung/SPS

061 und Visualisierungen
826 97 26 Pharmatronic AG, 4133 Pratteln
www.pharmatronic.ch

Speditionslogistik International

061 Interfracht Speditions AG
378 18 18 4133 Pratteln
www.interfracht.ch

Stellenvermittlung

061 gisin & partner gmbh
261 63 20 Schönmatstrasse 8, 4153 Reinach
www.gisin-partner.ch

061 Personal Contact Group AG
685 91 11 St. Jakobs-Strasse 110, 4132 Muttenz
www.personal.ch

061 Personal Contact Liestal AG
926 93 93 Rathausstrasse 34, 4410 Liestal

061 Personal Contact Laufen
765 91 00 Bahnhofstrasse 16, 4242 Laufen

Storen/Rollläden

061 Storen Fust AG,
716 98 98 Seewenweg 3, 4153 Reinach
www.storenfust.ch

Transport

061 Felix Transport AG
766 10 10 Talstrasse 47, 4144 Arlesheim
www.felixtransport.ch

Treuhand

061 BANDO TREUHAND AG
406 62 62 Brühlmattweg 5, 4107 Ettingen
www.bandotreuhand.ch

061 ONLINE TREUHAND AG
717 81 91 Nenzlingerweg 5, 4153 Reinach
www.onlinetreuhand.ch

Treuhand/Revision

061 BDO AG
927 87 00 Gestadeckplatz 2, 4410 Liestal
www.bdo.ch

061 BDO AG
317 37 77 Münchensteinerstrasse 43, 4052
Basel, www.bdo.ch

061 BDO AG
766 90 60 Maierackerweg 25, 4242 Laufen
www.bdo.ch

061 HEHLEN TREUHAND AG
717 83 33 Hauptstrasse 8, 4153 Reinach 1
www.hehlen.ch

061 Testor Treuhand AG
205 45 45 Holbeinstrasse 48, 4002 Basel
www.testor.ch

061 TRETOR AG
926 83 83 Industriestrasse 7, 4410 Liestal
www.tretor.ch

Vermessung

061 Geopratt AG,
827 98 98 Ingenieurbüro für Geomatik
4133 Pratteln, www.geopratt.ch

061 Jermann Ing. + Geometer AG
706 93 93 Arlesheim, Binningen, Sissach
Zwingen, www.jermann-ag.ch

Versicherungen

061 Die Mobiliar, 4147 Aesch
756 56 56 Generalagentur Stephan Hohl,
www.mobiliaesch.ch

061 AXA Winterthur, 4410 Liestal
926 22 43 Hauptagentur Valentina Junker
valentina.junker@axa.ch

Versicherungsbroker

061 DR. GYSIN & JEKER
973 00 90 Postgasse 9, 4450 Sissach
www.gysinjeker.ch

061 SIGNUM Risk Consulting GmbH
711 77 66 Kanalstrasse 19, 4153 Reinach
www.signumrisk.ch

Wandsysteme

061 WADESCO AG
827 96 55 4133 Pratteln, Cötzibodenweg 2
www.wadescow.ch

Weine und Destillate

061 Siebe Dupf Kellerei AG
921 13 33 Kasernenstr. 25, 4410 Liestal
www.siebe-dupf.ch

Werbe-Anlagen & Beschriftungen

061 Neonwidmer AG,
751 44 55 Weidenweg 18 / Aesch
www.neonwidmer.ch

Wintergärten/Verglasungen

061 Furrer Metallbau AG
921 58 80 Kanalstrasse 1, 4415 Lausen
www.furrer-metallbau.ch

Zeiterfassung/Zutrittskontrolle

061 Bixi Systems AG
926 80 10 für Personaldaten u. Sicherheit
4410 Liestal, www.bixi.ch